GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

LGBTIQ-Wähler*innen in Berlin und Wien. Politische Präferenzen, Parteienwettbewerb und elektorale Resonanz

Nève, Dorothée de; Ferch, Niklas

2018

https://doi.org/10.25595/2762

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nève, Dorothée de; Ferch, Niklas: *LGBTIQ-Wähler*innen in Berlin und Wien. Politische Präferenzen, Parteienwettbewerb und elektorale Resonanz*, in: Gender : Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Jg. 10 (2018) Nr: 3, 118–135. DOI: https://doi.org/10.25595/2762.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/gender.v10i3.09

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Dorothée de Nève, Niklas Ferch

LGBTIQ*-Wähler*innen in Berlin und Wien. Politische Präferenzen, Parteienwettbewerb und elektorale Resonanz

Zusammenfassung

Die vorliegende explorative Studie widmet sich dem Wahlverhalten von LGBTIQ*-Personen im Kontext der Abgeordnetenhauswahl in Berlin (2016) und der Gemeinderatswahl in Wien (2015). Untersucht wird erstens die queer-politische Agenda der Parteien und zweitens das Wahlverhalten von LGBTIQ*, einer bislang in der Wahlforschung weitestgehend ignorierten Bevölkerungsgruppe. Der Vergleich der untersuchten Wahlprogramme zeigt, dass queer-politische Themen Marker für Differenz und Konkurrenz im Parteienwettbewerb darstellen. Die Ergebnisse der Onlinebefragung zeigen, dass die Methode eines selbstselektiven Samples geeignet ist, um die politischen Präferenzen von LGBTIQ*-Personen zu untersuchen. Die Parteipräferenz für grüne Parteien ist sowohl in Berlin als auch in Wien ausgeprägt. Jenseits dessen gibt es indes in Berlin wie auch in Wien LGBTIQ*-Personen, die rechtspopulistische Parteien und Positionen unterstützen.

Schlüsselwörter
Queer Studies, Wahlforschung, Österreich, Deutschland, LGBTIQ*

Summary

LGBTIQ* voters in Berlin and Vienna. Political preferences, competition between political parties and electoral resonance

This explorative study investigates the electoral behaviour of LGBTIQ* individuals in the context of state parliamentary elections in Berlin (2016) and municipal elections in Vienna (2015). We investigate both the competing parties' queer agendas and the electoral behaviour of the LGBTIQ* community, a population group which is generally neglected in electoral studies. A comparative analysis of the parties' election manifestos shows that queer political issues are markers of difference and competition between parties. The findings of the online survey prove that the methodology of a self-selective sample is suitable for studying the political preferences of LGBTIQ* individuals. Their preference for Green parties is pronounced both in Berlin and Vienna. Beyond that, however, LGBTIQ* individuals in Berlin and in Vienna also support right-wing populist parties and positions.

Keywords
queer studies, electoral research, Austria, Germany, LGBTIQ*

1 Einleitung[1]

Bislang gibt es kaum empirische Studien zum Wahlverhalten und zu politischen Präferenzen der LGBTIQ*[2]-Community. Angesichts der Tatsache, dass die Wahlforschung

1 Wir bedanken uns bei Ute Kernler für die wertvolle Unterstützung bei der Erarbeitung dieses Beitrages. Unser Dank gilt weiterhin Michael Hunklinger (Donau-Universität Krems) und Tina Olteanu (Universität Wien), mit denen wir gemeinsam an dem Projekt der LGBTIQ*-Wahlstudien arbeiten.

2 LGBTIQ* steht hier für Lesbian, Gay, Bisexual, Trans*, Intersex*, Queer.

 https://doi.org/10.3224/gender.v10i3.09

einer der etabliertesten Zweige der Politikwissenschaft ist und es sich bei LGBTIQ* um eine numerisch und sozial relevante Gruppe handelt, ist dies einerseits erstaunlich. Andererseits hängt dies mit methodischen Problemen zusammen, die eine Analyse dieser sogenannten Spezialpopulation erschweren.

Der vorliegende Beitrag widmet sich anhand der Beispiele der jeweils jüngsten Gemeinderatswahl in Wien (11.10.2015) und der Abgeordnetenhauswahl in Berlin (18.09.2016) den Befunden zweier explorativer Studien zum Wahlverhalten von LGBTIQ*-Personen in Berlin und Wien[3]: Welches Angebot machen die antretenden Parteien an LGBTIQ*-Wähler*innen? Und wie wählen LGBTIQ*-Wähler*innen überhaupt? Im Folgenden geht es demnach nach einer kurzen Darstellung der Erhebungsmethode insbesondere um die queer-politische Agenda der Parteien bei den beiden untersuchten Wahlen und anschließend um deren Resonanz bei LGBTIQ*-Wähler*innen. Zwar zeigt sich, dass Parteien mit einer progressiven LGBTIQ*-Agenda auch wesentlich mehr Zustimmung bei LGBTIQ*-Wähler*innen erfahren; jedoch sind für den Beitrag angesichts aktueller parteipolitischer Entwicklungen in Deutschland und Österreich auch die Affinitäten zu rechtspopulistischen Tendenzen von besonderem Interesse.

2 Datenerhebung und Datenanalyse

Die empirische Wahl- und Einstellungsforschung basiert im Wesentlichen auf Umfragen; die Datenerhebung erfolgt meist durch computergestützte Telefoninterviews (CATI). Dieses Instrument der Datenerhebung ist für die Untersuchung von LGBTIQ*-Wähler*innen nicht geeignet, da Voraussetzung für die Durchführung einer repräsentativen Umfrage ist, dass Daten über die Grundgesamtheit verfügbar sind. Aus nachvollziehbaren Gründen ist jedoch diese Voraussetzung in Bezug auf LGBTIQ*-Personen nicht gegeben – es ist nicht bekannt, wie viele LGBTIQ*-Personen in einem bestimmten Gebiet tatsächlich leben. Aufgrund der (Straf-)Verfolgung von nicht-heterosexuellen Menschen in der Vergangenheit (Gammerl 2010; Rathkolb/Ardelt 2016) und der weiterhin anhaltenden Diskriminierung von LGBTIQ*-Personen (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2017; Heitmeyer 2012; Decker/Kiess/Brähler 2016) werden bei der Erhebung demografischer Daten in der Regel keine Daten zur geschlechtlichen Identität (Gender), zur sexuellen Orientierung und zu Beziehungsformaten jenseits des personenstandsrechtlichen Familienstandes erhoben. Dies ist plausibel, da allen garantierten Grundrechten und Antidiskriminierungsstandards zum Trotz ein Coming-out gegenüber Behörden nach wie vor angstbehaftet bleibt bzw. als ein unangemessener Eingriff in die Privatsphäre gedeutet wird (Bager/Elsuni 2017; Klages 2015).

Insofern sind also derzeit lediglich Schätzungen verfügbar, wie hoch der Anteil der LGBTIQ* an der Gesamtbevölkerung ist. Die jüngste Hochrechnung geht davon aus, dass sich in Deutschland 6,4 Prozent der Männer und 8,4 Prozent der Frauen als LGBT[4] identifizieren; in Österreich sind es 5,5 Prozent der Männer und 6,8 Prozent der Frau-

3 Weitere Informationen zum Projekt, weitere Ergebnisse der Studien sowie Presseberichte finden sich unter www.lgbtiq-wahlstudie.eu.

4 Dalia Research verwendet die Abkürzung LGBT für „Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender community" (Dalia Research 2016).

en (Dalia Research 2016). Vor diesem Hintergrund könnte man also annehmen, dass in Berlin ca. 156 000 nicht-heterosexuelle Frauen und 116 100 nicht-heterosexuelle Männer leben. In Wien wären es analog ca. 64 400 nicht-heterosexuelle Frauen und 49 100 nicht-heterosexuelle Männer.[5] Auch wenn es sich hierbei nur um grobe Hochrechnungen handelt, die etwa relevante Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Lebensräumen unbeachtet lassen, so illustrieren diese Zahlen dennoch, dass es sich bei LGBTIQ*-Wähler*innen um eine numerisch relevante Gruppe handelt.

In gängigen Wahlumfragen und Studien zu politischen Einstellungen werden in der Regel ebenfalls keine Daten zur geschlechtlichen Identität (Gender) oder zur sexuellen Orientierung erhoben. Selbst wenn diese Fragen im Interesse einer Sichtbarmachung sozialer Vielfalt wünschenswert wären, würden die Fallzahlen gängiger Umfragen nicht ausreichen, um valide empirische Aussagen über politische Einstellungen und Präferenzen von LGBTIQ*-Wähler*innen zu machen. Bei der üblichen Fallzahl von rund 1 000 Befragten würden potenziell Daten von ca. 50 bis 80 LGBTIQ*-Personen erfasst. Diese Fallzahlen wären eindeutig zu gering, um Differenzierungen vorzunehmen und valide Aussagen etwa zu Wähler*innen-Profilen zu machen. Die hier skizzierte Problematik spiegelt sich im aktuellen Forschungsstand insofern wider, als es im deutschsprachigen Raum bislang keine Studien gibt, die sich explizit mit dem Wahlverhalten und den politischen Einstellungen der LGBTIQ*-Community beschäftigen.[6]

Die andiskutierten methodischen Probleme sind im Kontext zweier explorativer Studien mittels einer Onlinebefragung gelöst worden. Es handelt sich dabei um selbstselektive Samples, um die Spezialpopulation (Gabriel/Keil 2014: 834) der LGBTIQ*-Personen nach einem Zufallsverfahren zu erreichen. Dieses Verfahren wurde in analoger Form bereits in den 1970er-Jahren erfolgreich genutzt, um empirische Daten zu Homosexuellen zu erheben (Dannecker/Reiche 1974). Eine Besonderheit dieses Verfahrens der Datenerhebung ergibt sich aus der Tatsache, dass die befragten Personen innerhalb einer Subkultur miteinander in Kontakt stehen. Auf diese Weise können LGBTIQ*-Personen als Angehörige einer versteckten Subpopulation untersucht werden (Gabler 1992: 50). Der Vorteil dieser Methode besteht darin, dass sich die Befragten aktiv und freiwillig dafür entscheiden, an der Befragung teilzunehmen. Der Nachteil dieser Methode besteht, neben der asymmetrischen Verteilung der Reichweite des Mediums Internet, in der hohen Selbstselektivität (Häder 2014: 12) – der Zugang zur Teilnahme bei einer solchen Gelegenheitsstichprobe ist nicht kontrollierbar. Die Problematik der Selbstselektion wurde im Rahmen des Projektes durch gezielte Werbemaßnahmen (online in Social Networks und einschlägigen Internetforen/-blogs und Mailinglisten sowie offline durch Flugblätter auf entsprechenden Straßenveranstaltungen) abgemildert. Insgesamt haben 401 (Wien) und 1058 (Berlin) sich als wahlberechtigt und nicht ausschließlich

5 Eigene Berechnung auf der Grundlage der Zahlen von Dalia Research (2016) für Deutschland und Österreich in Verbindung mit der amtlichen Bevölkerungsstatistik für Berlin (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2017: 6) bzw. der amtlichen Bevölkerungsstatistik für Wien (Magistrat der Stadt Wien 2016: 64).

6 Zwar erhebt das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Verbundprojekt *German Longitudinal Election Study (GLES) Deutsche Wahlstudie* Daten zur sogenannten eingetragenen Lebenspartnerschaft als einer spezifischen Rechtsform des Familienstandes (Schmitt-Beck et al. 2014); diese Daten erfassen jedoch nur einen Teil der LGBTIQ*-Community und ermöglichen keine Analysen in Bezug auf die sexuelle Identität der Befragten (Gender).

heterosexuell identifizierende Personen den Onlinesurvey vollständig ausgefüllt.[7] Die Selbstrekrutierung hat in Bezug auf spezifische sozialstrukturelle Merkmale der Befragten zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen geführt, die im Rahmen der hier präsentierten Analyse nicht weiter hinterfragt werden. So ist insbesondere die höhere Rekrutierung bei männlichen Befragten augenfällig (Wien 2015: 68,8 Prozent; Berlin 2016: 78,1 Prozent). Außerdem ist der Anteil der Befragten mit Hochschulabschluss überproportional hoch (Wien 2015: 46,6 Prozent; Berlin 2016: 58,2 Prozent).

In der Datenanalyse wird der methodischen Problematik insofern Rechnung getragen, als entweder Aussagen zur Gesamtheit der LGBTIQ*-Wähler*innen in Berlin bzw. Wien oder zu Präferenzen der Gesamtheit der befragten schwulen Wähler bzw. lesbischen Wählerinnen gemacht werden können. Aufgrund der geringen Fallzahlen sind indes kaum empirisch valide Aussagen zu anderen sexuellen Orientierungen und Identitäten möglich. Auch wenn die methodischen Probleme dieses Verfahrens offensichtlich sind, eröffnet gerade die Nicht-Repräsentativität die Möglichkeit, spezifische Zielgruppen (z. B. spezifische sexuelle Identitäten) als *hard cases* zu untersuchen.

3 Queer-politische Agenden der Parteien

Die Agenden der konkurrierenden Parteien werden anhand ihrer Wahlprogramme für die Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2016 bzw. die Gemeinderatswahl in Wien 2015 untersucht. Dabei werden sowohl explizite Bezüge auf unterschiedliche sexuelle Orientierungen und Identitäten sowie implizite Bezüge aus dem programmatischen Kontext systematisch erfasst. Die Ergebnisse werden im Folgenden nach Parteifamilien sortiert präsentiert.

Die *rechtspopulistische* Alternative für Deutschland (AfD) bezeichnet die sexuelle Orientierung zwar als „die höchstpersönliche Privatangelegenheit eines jeden Menschen“ (AfD 2016: 9), erkennt Homosexualität jedoch als eine „selbstverständliche Erscheinungsform menschlicher Sexualität“ (AfD 2016: 9) an. Diese programmatische Aussage ist insofern überraschend, als sich in den Programmen der untersuchten rechtspopulistischen Parteien ansonsten Forderungen finden, die das Ende einer gendersensiblen Politik anstreben: So fordert die AfD etwa die Abschaffung von Gender Mainstreaming als „radikale Ideologie“ (AfD 2016: 8) und der aus ihrer Sicht „pseudowissenschaftlichen“ (AfD 2016: 12) Gender Studies. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) spricht sich explizit gegen den sogenannten „Gender-Wahnsinn“ (FPÖ 2015: 7) aus und macht dies konkret an den Ampelpärchen[8] und „nutzlosen Quoten“ (FPÖ 2015: 8) fest. Beide Parteien sprechen sich außerdem gegen die sogenannte Homo-Ehe bzw. die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe sowie gegen die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare aus (AfD 2016: 9; FPÖ 2015: 7). Die AfD warnt zudem vor dem Einfluss der sogenannten Homolobby: „Der Sexualkundeunterricht an Schulen darf nicht von Lobbygruppen sexueller Minderheiten durchgeführt

7 Weitere Informationen zum Fragebogen finden sich unter lgbtiq-wahlstudie.eu.

8 2015 wurden in Wien als Zeichen der Toleranz Ampeln mit gleichgeschlechtlichen Ampelpärchen installiert. Die Idee fand später Nachahmer in verschiedenen deutschen und österreichischen Städten (FAZ.net 2015; Kortschak 2015; Kurier.at 2015; Welt.de 2015).

werden oder auf deren Lehrmaterialien aufgebaut sein“ (AfD 2016: 10). Diese Forderungen und Warnungen stehen bei beiden Parteien insgesamt in einem programmatischen Kontext, der die Beziehung zwischen Mann und Frau als natürlich sowie die Familie als Keimzelle der Gesellschaft beschreibt (AfD 2016: 7; FPÖ 2015: 6).

Die Programme der *christdemokratischen Parteien* sind in Bezug auf queer-politische Inhalte durchaus verschieden: Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) verweist in ihrem Berliner Wahlprogramm darauf, dass verschiedene Familienprogramme ihre Berechtigung haben und bezeichnet die schwul-lesbische Community als Bereicherung für die Stadt (CDU 2016: 62). Dabei verweist die Partei darauf, dass auch in eingetragenen Lebenspartnerschaften und Regenbogenfamilien konservative Werte gelebt werden. Die CDU spricht sich gegen Diskriminierung und gegen Homo- und Transphobie aus und fordert die Stärkung von Projekten, die sich gegen Hassgewalt engagieren. Außerdem sagt sie Unterstützung für das Elberskirchen-Hirschfeld-Haus[9] in Berlin zu (CDU 2016: 63). Das Programm der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) weist hingegen keinerlei LGBTIQ*-Bezüge auf (ÖVP 2015). Der Gesamtkontext des Programms legt darüber hinaus nahe, dass die Partei auch den Begriff der Familie heteronormativ besetzt (ÖVP 2015: 19).

Die *liberalen* Parteien, die in Berlin und Wien zur Wahl standen, befanden sich zum Zeitpunkt der Wahl in sehr unterschiedlichen Ausgangssituationen – die Freie Demokratische Partei (FDP) hatte 2011 den Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus verpasst und kämpfte nun um ein politisches Comeback (Die Landeswahlleiterin für Berlin 2016). Das Neue Österreich und Liberale Forum (NEOS) war erst 2012 gegründet worden und hoffte erstmals auf einen Einzug in den Wiener Gemeinderat (Weiser 2012). Obwohl die Partei NEOS in der Öffentlichkeit als progressive neue Kraft wahrgenommen wurde, finden sich in ihrem Wahlprogramm für die Gemeinderatswahl keinerlei explizite oder implizite Bezüge zu LGBTIQ* (NEOS 2015). Die FDP spricht sich hingegen für die Ehe für alle aus. Sie steht in ihrem Programm für die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und für die Familie als Verantwortungsgemeinschaft ein (FDP 2016: 46). Insofern befürwortet die FDP auch das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare (FDP 2016: 6). In Ergänzung zu dieser Agenda setzt die FDP auch klare bildungspolitische Akzente: Zur realistischen Vermittlung der Vielfalt Berlins müssten „sexuelle Orientierung und Identität fachübergreifend, insbesondere in Schulbüchern berücksichtigt werden, statt nur ein heteronormatives Gesellschaftsbild zu vermitteln“ (FDP 2016: 13). Außerdem sollen verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zur Sensibilisierung für den Umgang und die Vermeidung von Gewalt eingeführt werden, die explizit „auch dazu dienen, homophobes Verhalten an der Schule zu erkennen und ihm zu begegnen“ (FDP 2016: 14).

Die Programme der *grünen Parteien* unterscheiden sich von den oben erläuterten Programmen bereits durch ihre geschlechtersensible(re) Sprache. Außerdem nutzen sie die einschlägigen Abkürzungen LSBTTI[10] bzw. LGBTI[11] und machen prinzipiell eine grö-

9 Mit der Einrichtung des Elberskirchen-Hirschfeld-Hauses soll in Berlin ein Zentrum für queere Forschung und Kultur entstehen (Queer.de 2015).

10 Bündnis 90/Die Grünen in Berlin verwenden die Abkürzung LSBTTI für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (Bündnis 90/Die Grünen 2016: 30).

11 Die Grünen in Wien verwenden die Abkürzung LGBTI für „Homo-, Bi-, Trans*- und Intersexuelle“ (Die Grünen 2015: 48).

ßere Bandbreite sexueller Identitäten sichtbar, als dies in den anderen Parteiprogrammen der Fall ist. Beide grünen Parteien fordern rechtliche Gleichstellung, was explizit auch die Rechte von trans- und intersexuellen Personen mit einschließt (Bündnis 90/Die Grünen 2016: 30, 81; Die Grünen 2015: 48). Bündnis 90/Die Grünen verbinden diesen Anspruch mit einem Antidiskriminierungsgesetz (Bündnis 90/Die Grünen 2016: 76), während Die Grünen in Wien klarstellen, dass der Schutz vor Diskriminierung und Gewalt eine Norm und kein Privileg ist (Die Grünen 2015: 48). Beide grüne Parteien fordern die Ehe für alle bzw. die Öffnung der Zivilehe (Bündnis 90/Die Grünen 2016: 29; Die Grünen 2015: 49). Bei den Berliner Grünen wird implizit deutlich, dass sie auch den Familienbegriff offen definieren und Konstellationen jenseits des heteronormativen Familienbildes mit einschließen (Bündnis 90/Die Grünen 2016: 81); für Die Grünen in Wien sind „Regenbogenfamilien […] Familien wie alle anderen und brauchen rechtliche Gleichstellung und eine weltoffene Stadt" (Die Grünen 2015: 48). Im Bereich der Bildungspolitik fordert Bündnis 90/Die Grünen eine geschlechtersensible Erziehung und Überwindung traditioneller Geschlechterrollen (Bündnis 90/Die Grünen 2016: 16).

Beide Parteien verbinden ihre queer-politische Agenda auch explizit mit stadtpolitischen Ideen: So steht etwa Bündnis 90/Die Grünen in Berlin dafür ein, die Vielfalt sexueller Identitäten in allen Kontexten als Chance zu begreifen (Bündnis 90/Die Grünen 2016: 59). Die Grünen in Wien wollen ihre Stadt als Topurlaubs-Destination für LGBTIQ*-Reisende etablieren (Die Grünen 2015: 49). In beiden Städten sollen auch bestehende queer-politische Projekte wie das Regenbogenzentrum und die Initiative sexuelle Vielfalt (Berlin) sowie das Zentrum für Regenbogenfamilien und die Antidiskriminierungsstelle (Wien) weiter verfolgt werden (Bündnis 90/Die Grünen 2016: 80; Die Grünen 2015: 48f.). Eine Besonderheit stellt darüber hinaus die Forderung von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin dar, neben Gender Mainstreaming auch die Praxis des Gender Budgetings zu verfolgen (Bündnis 90/Die Grünen 2016: 29). Außerdem fordern sie besonderen Schutz für geflüchtete LSBTTI – diese seien „oftmals selbst in Berlin vor Anfeindungen und Gewalt nicht sicher" (Bündnis 90/Die Grünen 2016: 80). Neben sicherer Unterbringung seien in den zuständigen Behörden auch LSBTTI-geschulte Ansprechpartner*innen und Dolmetscher*innen notwendig, während queere Projektträger*innen der Flüchtlingshilfe „ausreichend ausgestattet werden" (Bündnis 90/Die Grünen 2016: 80) müssten.

Die *sozialdemokratischen Parteien* sind in Berlin und Wien mit unterschiedlich umfangreichen Forderungskatalogen in Bezug auf LGBTIQ* zur Wahl angetreten: Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) fordert neben der Ehe für alle und der Gleichstellung aller Paare ein Regenbogenzentrum zur Beratung und Vernetzung der Community (SPÖ 2015: 35). Im weiteren programmatischen Kontext werden zwar auch die Gleichheitsfrage und die Bedeutung gesellschaftlicher Vielfalt thematisiert, doch bezieht sich dies implizit auf Migrant*innen und nicht auf LGBTIQ* (SPÖ 2015: 35). Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) präsentiert zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin zahlreiche programmatische Forderungen, die rechtliche Fragen thematisieren wie die Ehe für alle, das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, den Diskriminierungsschutz sowie die Rehabilitierung der nach § 175 StGB [12] verurteilten Überlebenden.

12 Nähere Informationen zur Rehabilitierung von nach § 175 StGB verurteilten schwulen Männern finden sich bei Burgi (2016).

Antidiskriminierungspolitik wird als Querschnittsaufgabe definiert (SPD 2016: 68f.). In ihrem Programm setzt sich die SPD ausdrücklich für queer-politische Projekte in Berlin ein; hierzu gehört insbesondere die Initiative sexuelle Vielfalt[13] und die Forderung, ein Haus der queeren Archive und Museen[14] einzurichten (SPD 2016: 69). Bildungspolitische Themen spielen aber offenbar keine Rolle. Allerdings werden im Kontext der Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit auch wissenschaftliche Untersuchungen gefordert und in dem Programm der SPD wird der Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verwendet (SPD 2016: 62, 68).

Last but not least findet sich im Programm der Partei Die Linke Berlin – der einzigen *sozialistischen* Partei, die hier mit analysiert wird – eine Liste entsprechender Forderungen. Sie verwendet in ihrem Programm die Abkürzung LSBTTI*[15] und spricht insofern ebenfalls eine größere Bandbreite sexueller Identitäten an (Die Linke 2016: 44, 52f., 88). Zu den Forderungen der Sozialist*innen gehört die allgemeine Gleichstellung unterschiedlicher Lebensweisen, was implizit auch LGBTIQ*-Personen mit einschließt, sowie die Stärkung von Regenbogenfamilien (Die Linke 2016: 38). Die Linke fordert eine stärkere Sensibilisierung der Polizei in Bezug auf homo- und transfeindliche Gewalt und unterstützt den Kampf gegen Homophobie im Sport (Die Linke 2016: 44). Auch Die Linke spricht sich für die Initiative sexuelle Vielfalt aus (Die Linke 2016: 46). In ihrem Wahlprogramm fordert die Partei, dass Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden, besonderen Schutz erhalten und betreut werden (Die Linke 2016: 53).

Der Vergleich der untersuchten Wahlprogramme zeigt, dass queer-politische Themen relevante programmatische Unterschiede im Parteienwettbewerb markieren (Abbildung 1). Angesichts der programmatischen Annäherung im zentripetalen Parteienwettbewerb bleibt die Frage queer-politischer Positionen ein Marker für Differenz und Konkurrenz. Während rechtspopulistische Parteien sowohl in Berlin als auch in Wien gegen Genderpolitik, Gleichstellung und Homolobby polemisieren, positionieren sich insbesondere grüne, liberale und sozialistische Parteien als Repräsentantinnen queerpolitischer Interessen. Die Sozialdemokratie nimmt hingegen – themenabhängig – eine ambivalente Position ein. Gerade in der Bildungspolitik, die auf Landesebene eine zentrale Rolle spielt, thematisieren weder die SPD noch die SPÖ sexuelle Vielfalt. Eine Agenda ohne queer-politische Themen weisen die beiden christdemokratischen Parteien auf. Lediglich die CDU unterstützt regionale Projekte in Berlin.

Die Parteien, die jeweils zu denselben Parteifamilien gehören, weisen also in den beiden Ländern insbesondere bei rechtspopulistischen und grünen sowie teilweise auch bei sozialdemokratischen Parteien inhaltliche Ähnlichkeiten auf. Die Adressat*innen der politischen Forderungen sind in den Programmen insbesondere Homosexuelle, Schwule und Lesben. Andere sexuelle Orientierungen und Identitäten werden lediglich

13 Als berlinweiter Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie besteht seit 2010 die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" (ISV), in deren Rahmen die Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (LADS) die Aktivitäten der zuständigen Senatsverwaltungen und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen koordiniert (Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung 2017).

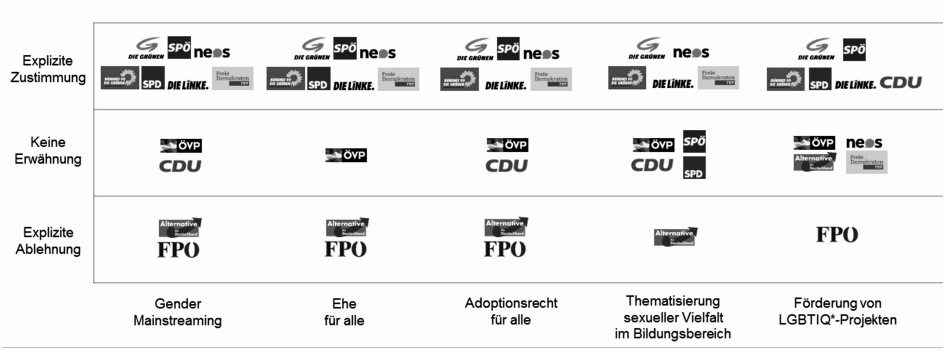
14 Diese Forderung bezieht sich implizit ebenfalls auf das Elberskirchen-Hirschfeld-Haus, siehe oben.

15 Die Linke verwendet die Abkürzung LSBTTI* für „Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle" (Die Linke 2016: 44).

in den Programmen von den Berliner Parteien Bündnis 90/Die Grünen sowie Die Linke und den Grünen in Wien explizit erwähnt. Die SPD verwendet mitunter die Begriffe *queer* und *diversity*. Gendergerechte Sprache wird in den Programmen der grünen und der sozialdemokratischen Parteien sowie in jenen der NEOS, der ÖVP und der Partei Die Linke verwendet.

Insgesamt ist außerdem auffällig, dass sich die politischen Forderungen nur partiell tatsächlich auf landespolitische Themen beziehen (z. B. Regenbogenzentren, LGBTIQ*-Einrichtungen und Projekte). Stattdessen wird eine allgemeine, nationale Agenda (z. B. Gender Mainstreaming, Ehe für alle/Homo-Ehe, Familienpolitik, Transsexuellengesetze) programmatisch besetzt.

Abbildung 1: Positionen der Parteien im Wettbewerb in Bezug auf LGBTIQ*-Issues



Quelle: Wahlprogramme der Parteien FPÖ, Die Grünen, NEOS, ÖVP und SPÖ zur Gemeinderatswahl in Wien 2015; Wahlprogramme der Parteien AfD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP und SPD zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2016 (siehe Literaturverzeichnis).

Inwiefern das programmatische Angebot der Parteien (Abbildung 1) in Berlin und Wien mit den politischen Prioritäten der LGBTIQ*-Wähler*innen in den beiden Städten korrespondiert, wird im Folgenden erläutert.

4 Politische Prioritäten der LGBTIQ*-Wähler*innen

Zur Analyse der politischen Prioritäten im Kontext der Wahlen in Berlin (2016) und Wien (2015) wurden die Teilnehmer*innen der Wahlstudie unter anderem nach ihrer persönlichen Beurteilung der Wichtigkeit einer ganzen Palette von Themen und Fragestellungen mit und ohne expliziten LGBTIQ*-Bezug befragt. Im Folgenden werden in vergleichender Perspektive einige Teilergebnisse erläutert.

Auf die offene Frage nach dem wichtigsten Thema für die anstehende Wahl antworten die Befragten mit eigenen Prioritätensetzungen, die sich in individuellen Aufzählungen manifestieren. So antwortet ein schwuler SPD-Wähler aus Berlin: „Wohnungen, LGBTQ-Rechte (Ehe für alle, Adoptionsrecht), Jobs“ (Wahlstudie Berlin 2016). Eine lesbische SPÖ-Wählerin aus Wien fordert: „qualitative Arbeitsplätze schaffen und leistbare, hochwertige Wohnungen“ (Wahlstudie Wien 2015).

Für die individuelle Wahlentscheidung der befragten LGBTIQ*-Wähler*innen in Berlin sind die drei wichtigsten Themen 1.) Wohnungspolitik, 2.) Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik sowie 3.) Sicherheitspolitik. In Wien sind es 1.) die Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik, 2.) Rassismus und Rechtspopulismus sowie 3.) Wohnungspolitik. Themen mit einem expliziten Bezug zu LGBTIQ* wie Ehe für alle, LGBTIQ*-Rechte, Homophobie und Transphobie werden indes nur von wenigen Befragten als die wahlentscheidenden bezeichnet.

Tabelle 1: Wichtigstes singuläres Thema für die jeweilige Wahl[16]

Berlin (2016)	Wien (2015)
1. Wohnungspolitik (27 %)	1. Flüchtlings-, Migrations- & Integrationspolitik (19,67 %)
2. Flüchtlings-, Migrations- & Integrationspolitik (20,32 %)	2. Rassismus & Rechtspopulismus (10,3 %)
3. Sicherheitspolitik (8,79 %)	3. Wohnungspolitik (10,07 %)
4. Verkehrspolitik (8,7 %)	4. Arbeitspolitik (9,37 %)
5. Stadtentwicklung & Flughäfen (7,56 %)	5. Gleichberechtigung, Teilhabe & Inklusion (7,26 %)
6. Ehe für alle (7,09 %)	6. Diskriminierung (5,85 %)
7. Verwaltung, Transparenz und Korruption (6,33 %)	7. Verkehrspolitik (5,15 %)
8. Soziale Gerechtigkeit (5,67 %)	**8. LGBTI-Rechte (4,45 %)**
9. LGBTIQ*-Rechte (5,39 %)	9. Bildungspolitik (4,22 %); Stadtentwicklung (4,22 %)
10. Diskriminierung (4,73 %)	…
…	**12. Ehe für alle (3,51 %)**
16. Homophobie (3,31 %)	…
…	**19. Homophobie (1,17 %)**
23. Trans*phobie (0,85 %)	…
…	27. Trans*phobie (0,23 %)

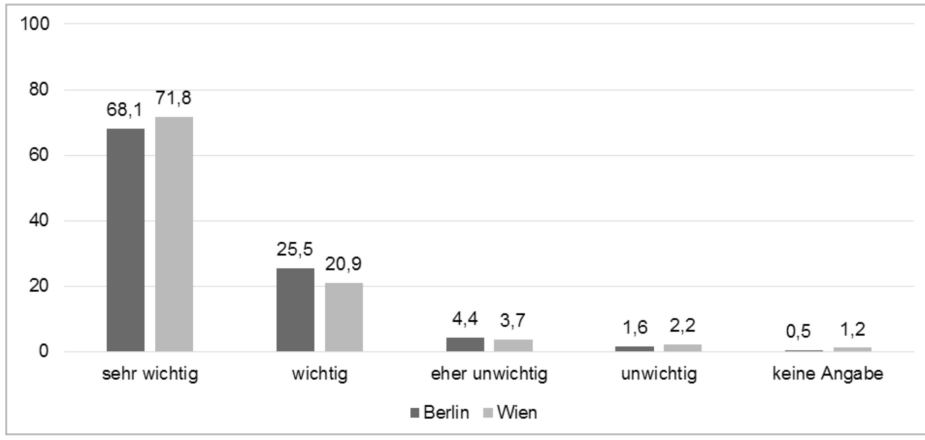
Quelle: Wahlstudie Berlin 2016, N=1 058 bei 1 522 Nennungen (durch Mehrfachnennungen); Wahlstudie Wien 2015, N=401 bei 490 Nennungen (durch Mehrfachnennungen); Angaben in Prozent der Befragten, die ein bei der Auswertung induktiv einem jeweiligen Themenkomplex zugeordnetes Thema bei der Freifeldfrage nach dem wichtigsten Thema der anstehenden Wahl (siehe Fußnote 16) genannt haben. Themen mit explizitem LGBTIQ*-Bezug sind in der Tabelle in fetter Schrift dargestellt.

Diese allgemeine Analyse wird im Folgenden in Bezug auf konkrete Fragen zu LGBTIQ*-freundlicher Politik bzw. zu Kandidat*innen vertieft. Es zeigt sich, dass eine LGBTIQ*-freundliche Politik sowohl in Bezug auf das Wahlprogramm als auch auf die politische Praxis als sehr wichtig erachtet wird – 68,1 Prozent der Befragten in Berlin und 71,8 Prozent der Befragten in Wien sind dieser Meinung (Abbildung 2). Die Befragten erachten es außerdem in beiden Städten als wichtig, dass sich zur Wahl

16 Fragestellung: „Am 18. September ist Abgeordnetenhauswahl in Berlin. Welches politische Thema in Berlin ist für Sie persönlich bei der kommenden Wahl am 18. September am wichtigsten?" (Berlin) bzw. „Am 11. Oktober sind Gemeinderatswahlen in Wien. Welches politische Thema in Wien ist für Sie persönlich bei der kommenden Wahl am 11. Oktober am wichtigsten?" (Wien).

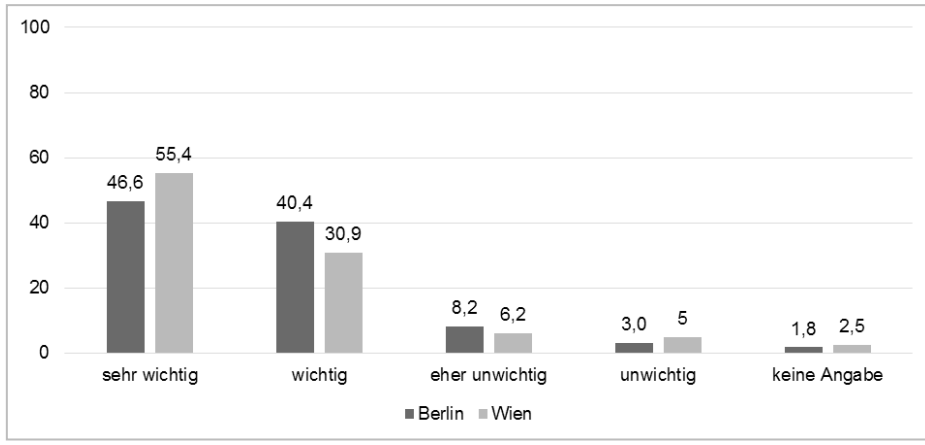
stehende Kandidat*innen gegenüber der LGBTIQ*-Community solidarisch verhalten (Abbildung 3). Interessant ist, dass weitaus weniger Befragte der Meinung sind, dass es wichtig ist, dass Kandidat*innen zur Wahl stehen, die selbst ‚out' bzw. geoutet sind: Nur 15,4 Prozent der befragten Berliner*innen und 21,9 Prozent der befragten Wiener*innen erachten dies als sehr wichtig (Abbildung 4). Angesichts des medialen Hypes um das Coming-out bzw. das Outing von Politiker*innen erscheint es bemerkenswert, dass die LGBTIQ*-Wähler*innen darauf gar nicht so viel Wert legen. Stattdessen sind offenbar eine inhaltlich LGBTIQ*-freundliche Politik sowie solidarische Kandidat*innen wichtiger.

Abbildung 2: LGBTIQ*-freundliche Politik



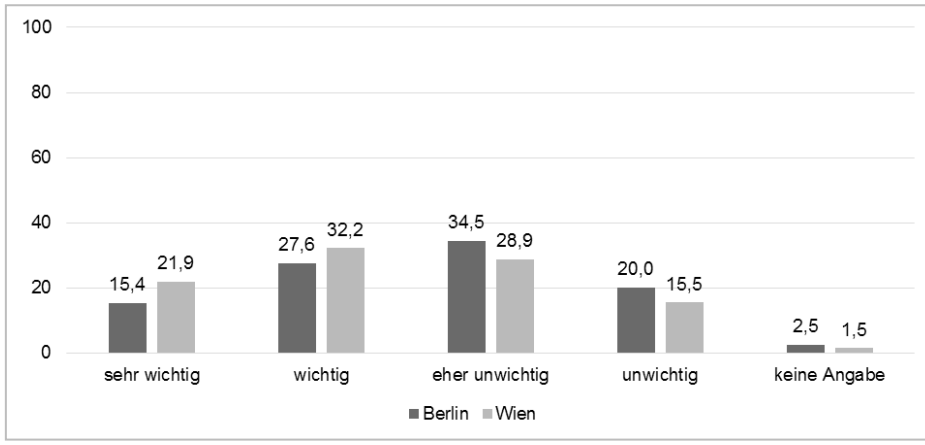
Quelle: Wahlstudie Berlin 2016, N=1 058; Wahlstudie Wien 2015, N=401; Angaben in Prozent der Befragten.

Abbildung 3: Solidarische Kandidat*innen



Quelle: Wahlstudie Berlin 2016, N=1 058; Wahlstudie Wien 2015, N=401; Angaben in Prozent der Befragten.

Abbildung 4: Kandidat*innen ‚out' bzw. geoutet



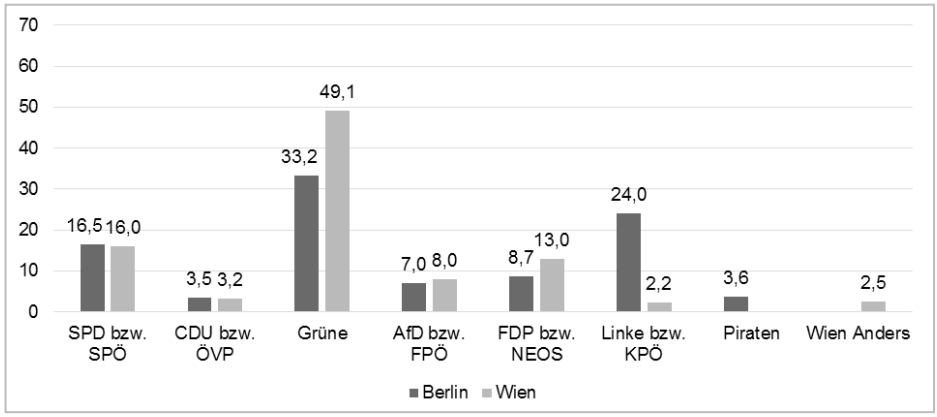
Quelle: Wahlstudie Berlin 2016, N=1 058; Wahlstudie Wien 2015, N=401; Angaben in Prozent der Befragten.

Die vergleichende Analyse der politischen Prioritäten der LGBTIQ-Wähler*innen zeigt erstens, dass eigene Partikularinteressen in der LGBTIQ*-Community thematisch keinen vorrangigen Stellenwert haben. Hingegen sind für LGBTIQ*-Wähler*innen Themen wie Wohnungspolitik bzw. Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik wahlentscheidend. Wichtig sind außerdem ein programmatisches Angebot und eine politische Praxis LGBTIQ*-freundlicher Politik der zur Wahl stehenden Parteien. LGBTIQ*-freundliche Positionen sowie Kandidat*innen, die sich mit der Community solidarisieren, werden von deutlichen Mehrheiten als sehr wichtig bzw. wichtig erachtet. Gleichzeitig zeigen die vorliegenden Ergebnisse allerdings auch, dass die Probleme der Homophobie und in geringerem Maße auch der Transphobie weiterhin virulent sind. In vergleichender Perspektive erscheint darüber hinaus bemerkenswert, dass die befragten LGBTIQ*-Wähler*innen in Berlin und Wien letztlich ein sehr ähnliches Antwortverhalten aufweisen. Marginale Unterschiede bestehen lediglich in Bezug auf Prozentanteile jener, die LGBTIQ*-Politikfelder als wichtig bzw. LGBTIQ*-Themen als wahlentscheidend erachten, die in Berlin durchweg etwas höher sind als in Wien.

5 Parteipolitische Präferenzen der Wähler*innen

Im Folgenden wird untersucht, welche Resonanz die programmatischen Unterschiede zwischen den Parteien einerseits und die inhaltlichen Prioritäten der Wähler*innen andererseits im Wähler*innenpotenzial der konkurrierenden Parteien haben (Abbildung 5).

Abbildung 5: Parteipolitische Präferenzen der Wähler*innen[17]



Quelle: Wahlstudie Berlin 2016, N=1 058; Wahlstudie Wien 2015, N=401; Angaben in Prozent der Befragten.

Die Präferenzen der Wähler*innen in Berlin und Wien für jene Parteien, die mit einer LGBTIQ*-Agenda zur Wahl antreten, sind offensichtlich: 49,1 Prozent der Befragten in Wien und 32 Prozent in Berlin präferieren die zur Wahl stehenden grünen Parteien (Abbildung 5). Die Zustimmungswerte für die Sozialdemokratie sind in beiden Städten ähnlich und liegen bei 16 bzw. 16,5 Prozent. Damit erreichen die grünen Parteien deutlich höhere Zustimmungswerte als alle anderen Parteien: In Wien ist der Anteil der Wähler*innenstimmen für die Grünen etwas mehr als dreimal so hoch wie jener der SPÖ, in Berlin ist der Anteil für Bündnis 90/Die Grünen doppelt so hoch wie jener für die SPD.

Die Prozentanteile für die beiden christdemokratischen Parteien sind in beiden Städten ähnlich gering. Die NEOS haben in der LGBTIQ*-Community in Wien (13 Prozent) eine größere Resonanz als die FDP in Berlin (8,4 Prozent).

Einer der beiden auffälligsten Unterschiede zwischen Berlin und Wien wurde bereits angesprochen – die Prädominanz der Grünen in Österreich. Der zweite auffällige Unterschied ist der wesentlich größere Rückhalt für die Partei Die Linke in Berlin im Vergleich zur KPÖ in Wien (Die Linke: 23,2 Prozent; KPÖ: 2,2 Prozent).

Nicht nur zwischen Berlin und Wien, sondern auch innerhalb der beiden Städte zeigen sich darüber hinaus deutliche Genderunterschiede in der Parteipräferenz. Insgesamt wählen diejenigen Befragten, die sich als Männer identifizieren, häufiger die sozialdemokratischen, konservativen, liberalen und rechtspopulistischen Parteien, wohingegen Menschen, die sich als Frauen identifizieren oder sich weder als Mann noch als Frau identifizieren, häufiger die grünen oder sozialistischen Parteien wählen. Am häufigsten wählen „Männer" sowohl in Berlin als auch in Wien die Grünen (30,3 bzw. 45,8 Prozent). Gleiches gilt, wenn auch mit höheren Werten – für die „Frauen": In Berlin wählen 48,7 Prozent die Grünen, in Wien sogar 65,9 Prozent. (Fast) die Hälfte derjenigen Befragten, die sich nicht den dichotomen Geschlechterkategorien „Mann" und „Frau" zuordnen, wählt in Berlin Die Linke (46,8 Prozent) und in Wien die Grünen (50 Prozent).

17 Fragestellung: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Abgeordnetenhauswahl in Berlin wäre?" (Berlin) bzw. „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Gemeinderatswahlen in Wien wären?" (Wien).

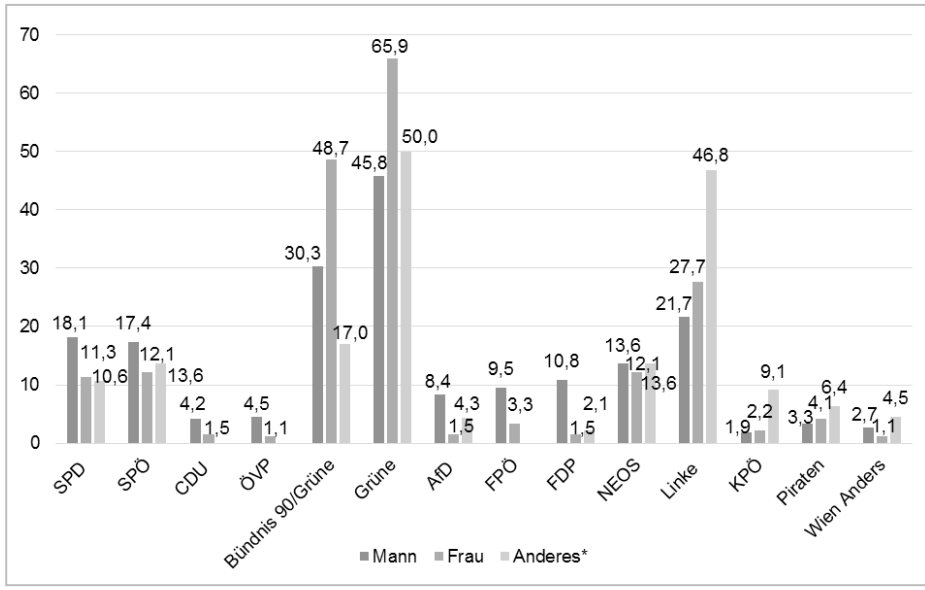
Auffallend ist zudem, dass kein*e Befragte*r dieser Gruppe die CDU oder die ÖVP wählt. Auch die FPÖ wird im vorliegenden Sample von keiner einzigen Person gewählt, die sich nicht als „Mann" oder „Frau" identifiziert. Alles in allem ist die NEOS die einzige Partei in der Stichprobe der Wahlstudie, die von Männern, Frauen und anderen in nahezu gleichem Anteil gewählt wird – so wählen in Wien 12,1 Prozent der „Frauen" und 13,6 Prozent der „Männer" und andere diese Partei. Betrachtet man die Wähler*innenprofile noch etwas differenzierter hinsichtlich der sexuellen Orientierung, so werden weitere interessante Unterschiede zwischen Berlin und Wien erkennbar: 30,8 Prozent der schwulen Wähler in Berlin artikulieren eine Parteipräferenz für Bündnis 90/Die Grünen, 21,2 Prozent unterstützen Die Linke sowie 18,5 Prozent die SPD (Wahlstudie Berlin 2016, N=772). Auch in Wien haben die schwulen Wähler eine Präferenz für die Grünen. 48,6 Prozent geben den Grünen ihre Stimme. Für die SPÖ votieren 17,3 Prozent, für die NEOS 13,3 Prozent und für die FPÖ 8,2 Prozent (Wahlstudie Wien 2015, N=253).

Lesbische Wählerinnen in Berlin haben eine ausgeprägte Präferenz für Bündnis 90/Die Grünen: 52,9 Prozent der befragten Berliner Lesben wählen diese Partei. 25,5 Prozent unterstützen Die Linke und lediglich 10,5 Prozent geben ihre Stimme der SPD (Wahlstudie Berlin 2016, N=153). Auch bei den befragten Lesben in Wien ist eine Präferenz für die Grünen offensichtlich: 70,4 Prozent unterstützen die Grünen, während 12,7 Prozent für die SPÖ votieren. Lediglich 4,2 Prozent der lesbischen Frauen präferieren hingegen die FPÖ (Wahlstudie Wien 2015, N=78).

Bemerkenswert erscheint darüber hinaus die Tatsache, dass in beiden Städten ein signifikanter Anteil der Wähler*innen eine Präferenz für rechtspopulistische Parteien artikuliert. 8 Prozent der Befragten geben in Wien an, die FPÖ zu wählen. In Berlin entscheiden sich 7 Prozent für die AfD (Abbildung 5). Der Anteil der Männer bei den AfD-Wähler*innen liegt bei 93 Prozent, jener der FPÖ-Wähler*innen bei 77,8 Prozent (Wahlstudie Berlin 2016, N=74 AfD-Wähler*innen; Wahlstudie Wien 2015, N=32 FPÖ-Wähler*innen). Unter den Befragten, die etwa Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik als das entscheidende Politikfeld für die anstehende Wahl erachten (Tabelle 1), finden sich also einerseits Personen wie eine bisexuelle Grüne-Wählerin, die „Immigration erleichtern" wollen (Wahlstudie Berlin 2016). Andererseits gibt es rechtspopulistische Wähler*innen, die sich gerade wegen der sogenannten „Flüchtlingskrise" für eine rechtspopulistische Partei entscheiden. Ein schwuler FPÖ-Wähler argumentiert: „Ein Freund von mir und sein Lover wurden im ach so schwulen Mariahilf (haha ...) von 4 Türken aus reiner Homophobie krankenhausreif gedroschen. DAS WOLLEN WIR HIER IN ÖSTERREICH NICHT – wer Schwule und Lesben nicht akzeptiert, hat kein Recht, in unser Land zu migrieren. Punkt" (Wahlstudie Wien 2015). In einer ähnlichen Weise argumentiert ein schwuler AfD-Wähler in Berlin: „Kriminalität von illegalen Ausländern (Drogenkriminalität), Araberclans in Berlin, Homophobie von Muslimen (muss offene Streitkultur entstehen), Unterdrückung anderer Religionen durch den Islam, Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen durch Muslime" (Wahlstudie Berlin 2016). Islamnegativismus ist also für beide rechtspopulistischen Parteien ein Thema, das in den Wahlkämpfen eine zentrale Rolle spielte – auch innerhalb der LGBTIQ*-Community.[18]

18 „Auch in 20 Jahren wollen wir als Schwule noch händchenhaltend durch die Stadt laufen, ohne von Scharia-Wächtern verprügelt zu werden" (Mai 2016).

Abbildung 6: Parteipolitische Präferenzen der Wähler*innen nach Gender[19]

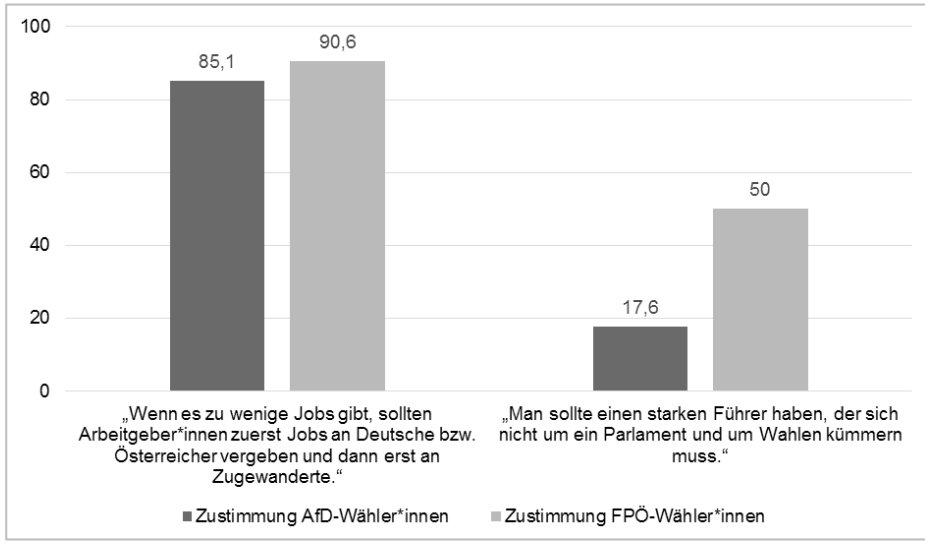


Quelle: Wahlstudie Berlin 2016, N=1 058; Wahlstudie Wien 2015, N=401; Angaben in Prozent der Befragten. Fehlende zu 100 Prozent: Andere Parteien/keine Angabe/Nichtwählen (Berlin: 1,3 Prozent; Wien: 1,7 Prozent).

Darüber hinaus sind übergroße Mehrheiten der AfD- bzw. FPÖ-Wähler*innen der Meinung, dass Deutsche respektive Österreicher*innen bei der Jobvergabe Zugewanderten vorzuziehen seien (Abbildung 7). Die Hälfte der LGBTIQ*-Wähler*innen, die ihre Stimme der FPÖ geben, vertritt außerdem die rechtsextreme Einstellung, dass es besser wäre, einen starken Führer zu haben, der sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern müsste (Abbildung 7). Diese Einschätzung teilen auch 17,6 Prozent der AfD-Wähler*innen.

19 Fragestellung: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Abgeordnetenhauswahl in Berlin wäre?" (Berlin) bzw. „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Gemeinderatswahlen in Wien wären?" (Wien) – ausgewertet nach Gender (Antworten auf die Fragestellung „Wie leben Sie heute?", kategorisiert nach „Mann", „Frau" und „Anderes*").

Abbildung 7: Resonanz für rechtspopulistische/-extremistische Positionen



Quelle: Wahlstudie Berlin 2016, N=74 AfD-Wähler*innen; Wahlstudie Wien 2015, N=32 FPÖ-Wähler*innen; Angaben in Prozent der Befragten.

6 Fazit

Die vergleichende Studie hat gezeigt, dass ein selbstselektives Sample durchaus geeignet ist, um das Wahlverhalten von LGBTIQ*-Personen als Spezialpopulation zu untersuchen. Der Prozess der Selbstselektion war sowohl in Berlin als auch in Wien insofern erfolgreich, als eine hohe Anzahl von Personen motiviert werden konnte, an der Befragung teilzunehmen.

Unabhängig davon sind die Ergebnisse auch inhaltlich für die weiteren wissenschaftlichen und politischen Debatten relevant. Es ist offenkundig, dass Parteien mit einer progressiven LGBTIQ*-Agenda auch wesentlich mehr Zustimmung bei LGBTIQ*-Wähler*innen erfahren; dies gilt insbesondere für grüne Parteien in Berlin und Wien und in besonderem Maße für lesbische Wählerinnen. Die Analyse der Daten zeigt außerdem, dass Homo- und Transphobie weiterhin gravierende Probleme darstellen. Parteien, die in ihrer Sprache und Programmatik auf diese Probleme eingehen, werden auch von LGBTIQ*-Personen präferiert.

Bemerkenswert erscheint allerdings das Paradox, dass rechtspopulistische Parteien, die sich selbst dezidiert gegen die sogenannte „Homolobby“ positionieren und mit einer minderheitenfeindlichen Agenda zur Wahl antreten, letztlich sogar mehr Stimmen von LGBTIQ*-Personen gewinnen als jene christdemokratischen Parteien, die sich zur LGBTIQ*-Thematik zurückhaltend bzw. gar nicht äußern. Offensichtlich wiegen bei der Parteipräferenz Ausländerfeindlichkeit und Islamnegativität stärker als andere Themen mit einem expliziten LGBTIQ*-Bezug. Insofern hat die vorliegende empirische

Studie gezeigt, dass es sich bei der LGBTIQ*-Community keineswegs um eine homogene Gruppe handelt.

Bereits aus dem Ergebnis der Stichprobe lassen sich neue interessante Ideen für weitere Forschungsvorhaben entwickeln, etwa in Bezug auf die höhere Mobilisierung von Schwulen bzw. die geringere Beteiligungsrate von Lesben oder aber auch in Bezug auf die religiöse Bindung von LGBTIQ*-Personen. Inwiefern es sich hier um Zufallsergebnisse der Selbstselektion handelt oder um idealtypische Beschreibungen der queeren Community, wird sich erst im Verlauf weiterer Forschungsarbeiten erweisen. In diesem Kontext gilt es dann auch, den Fokus der Forschung auf weitere Partizipationsinstrumente jenseits von Wahlen sowie auf politische Präferenzen von LGBTIQ*-Personen, die im ländlichen Raum leben, auszuweiten.

Literaturverzeichnis

AfD/Alternative für Deutschland Landesverband Berlin (2016). *Berlin braucht blau*. Zugriff am 7. September 2016 unter http://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2017). *Statistischer Bericht A I 5 – hj 2 / 16. Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2016. Grunddaten*. Potsdam: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Zugriff am 11. April 2017 unter https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2017/SB_A01-05-00_2016h02_BE.pdf.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017). *Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage*. Berlin. Zugriff am 6. April 2017 unter www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/Handout_Themenjahrumfrage_2017.html?nn=8711250.

Bager, Katharina & Elsuni, Sarah (2017). Sexuelle Freiheiten als LGB-Menschenrecht: Privatheitsschutz oder „öffentlicher Belang"? In Ulrike Lembke (Hrsg.), *Regulierungen des Intimen* (S. 51–69). Wiesbaden: Springer/VS-Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11749-8_3

Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin (2016). *Volles Programm Berlin*. Zugriff am 7. September 2016 unter https://gruene.berlin/sites/gruene.berlin/files/b90g_berlin_vollprogramm2016.pdf.

Burgi, Martin (2016). *Rehabilitierung der nach §175 StGB verurteilten homosexuellen Männer. Auftrag, Optionen und verfassungsrechtlicher Rahmen*. Baden-Baden: Nomos.

CDU/Christlich Demokratische Union Landesverband Berlin (2015). *Ergebnisse der Mitgliederbefragung*. Zugriff am 5. Juni 2017 unter http://cduberlin.de/lokal_1_1_162_Ergebnisse-der-Mitgliederbefragung.html.

CDU/Christlich Demokratische Union Landesverband Berlin (2016). *Starkes Berlin*. Zugriff am 7. September 2016 unter http://cduberlin.de/image/inhalte/file/Wahlprogramm_final-Screen.pdf.

Dalia Research (2016). *Counting the LGBT population: 6 % of Europeans identify as LGBT*. Zugriff am 11. April 2017 unter https://daliaresearch.com/counting-the-lgbt-population-6-of-europeans-identify-as-lgbt/.

Dannecker, Martin & Reiche, Reimut (1974). *Der gewöhnliche Homosexuelle. Eine soziologische Untersuchung männlicher Homosexueller in der Bundesrepublik*. Frankfurt/Main: Fischer.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes & Brähler, Elmar (2016). *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger „Mitte"-Studie 2016*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Die Grünen Wien (2015). *Dein Wien kann mehr. Unser Wahlprogramm 2015*. Zugriff am 19. April 2017 unter https://wien.gruene.at/wahl2015/wahlprogramm.

Die Landeswahlleiterin für Berlin (2016). *Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin 2011. Endgültiges Ergebnis*. Zugriff am 4. April 2017 unter https://www.wahlen-berlin.de/Wahlen/BE2011/ergebnis/karten/zweitstimmen/ErgebnisUeberblick.asp?sel1=1252 &sel2=0 65.

Die Linke Landesverband Berlin (2016). *Unser Plan für ein soziales und ökologisches Berlin*. Zugriff am 7. September 2016 unter www.die-linke-berlin.de/fileadmin/download/2016/wahlprogramm.pdf.

FAZ.net (o. V.). (2015). *Österreich. In Wien gibt es jetzt auch schwule Ampelmännchen*. 12. Mai 2015. Zugriff am 19. April 2017 unter www.faz.net/aktuell/gesellschaft/ampelpaerchen-statt-ampelmaennchen-in-wien-13589168.html.

FDP/Freie Demokratische Partei Landesverband Berlin (2016). *Plan B. Wahlprogramm*. Zugriff am 27. Juli 2017 unter https://www.fdp-berlin.de/app/download/9883623119/wahl-programm-planb.pdf?t=1494851213.

FPÖ/Freiheitliche Partei Österreichs Landesgruppe Wien (2015). *Wahlprogramm der Wiener FPÖ zur Landtagswahl 2016*. Zugriff am 19. April 2017 unter www.fpoe-wien.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-wien.at/PDFs/Wahlprogramm_der_Wiener_FPO.PDF.

Gabler, Siegfried (1992). Schneeballverfahren und verwandte Stichprobendesigns. *ZUMA-Nachrichten, 31*(16), 47–69.

Gabriel, Oscar W. & Keil, Silke I. (2014). Empirische Wahlforschung in Deutschland. Kritik und Entwicklungsperspektiven. In Jürgen W. Falter & Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung* (2. überarb. Aufl.) (S. 827–868). Wiesbaden: Springer/VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gammerl, Benno (2010). Eine Regenbogengeschichte. *Aus Politik und Zeitgeschichte,* (15/16), 7–13.

Häder, Sabine (2014). *Stichproben in der Praxis*. Mannheim: GESIS–Leibniz Institut für Sozialwissenschaften.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). (2012). *Deutsche Zustände*. Folge 10. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Klages, Robert (2015). AfD will Homosexuelle in Thüringen zählen lassen. *Der Tagesspiegel*, 12. Oktober 2015. Zugriff am 11. November 2016 unter www.tagesspiegel.de/berlin/queer-spiegel/anfrage-von-corinna-herold-afd-will-homosexuelle-in-thueringen-zaehlen-lassen/12438312.html.

Kortschak, Daniel (2015). Ampelmännchen in Wien: Homosexuelle Ampel-Pärchen. *FrankfurterRundschau*, 11. Mai 2015. Zugriff am 19. April 2017 unter www.fr.de/panorama/ampelmaennchen-in-wien-homosexuelle-ampel-paerchen-a-469091.

Kurier.at (o. V.). (2015). *Wien bekommt Ampel-Pärchen.* 11. Mai 2015. Zugriff am 19. April 2017 unter https://kurier.at/chronik/wien/wien-bekommt-ampel-paerchen/129.822.929.

Mai, Dominik (2016). Diskussion vor der Berlin-Wahl. Wie sich queere Politiker im Duell schlagen. *Berliner Zeitung,* 31. August 2016. Zugriff am 29. Mai 2017 unter www.berliner-zeitung.de/berlin/wahl/diskussion-vor-der-berlin-wahl-wie-sich-queere-politiker-im-duell-schlagen-24675648.

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (2017). *Initiative „Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt"*. Zugriff am 13. April 2017 unter https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/diversity/beispiele-guter-praxis/isv/.

Magistrat der Stadt Wien (2016). *Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2016. Teil 3 – Menschen in Wien*. Wien: Magistrat der Stadt Wien. Zugriff am 11. April 2017 unter https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/menschen-2016.pdf.

NEOS/Das Neue Österreich und Liberales Forum (2015). *Veränderung! Jetzt. Unser Plan für Wien*. Zugriff am 19. April 2017 unter https://wien.neos.eu/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Wahlprogramm-ISSUU-B.pdf.

ÖVP/Österreichische Volkspartei Wien (2015). *Programm Wien 2015*. Zugriff am 29. Mai 2017 unter http://oevp-wien.at/programm.

Queer.de (o. V.). (2015). *Erster Schritt getan: Berlin plant Elberskirchen-Hirschfeld-Haus.* 11. Dezember 2015. Zugriff am 19. April 2017 unter www.queer.de/detail.php?article_id=25214.

Rathkolb, Oliver & Ardelt, Rudolf G. (Hrsg.). (2016). *Homosexuellenverfolgung in Österreich. Geschichte und Nachgeschichte*. Innsbruck: StudienVerlag.

Schmitt-Beck, Rüdiger; Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Weßels, Bernhard & Wolf, Christof (2014). *Zwischen Fragmentierung und Konzentration. Die Bundestagswahl 2013*. Baden-Baden: Nomos.

SPD/Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Berlin (2016). *Unser Programm*: Berlin. Zugriff am 7. September 2016 unter www.spd.berlin/w/files/spd-2016-wahl/spd_wahlprogramm_lang_online.pdf.

SPÖ/Sozialdemokratische Partei Österreichs Wien (2015). *Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren*. Zugriff am 19. April 2017 unter http://2015.spoe.wien/wp-content/uploads/2015/08/wahlprogramm.pdf.

Weiser, Ulrike (2012). Neos: Die Neuen in der Mitte. *Die Presse*, 27. Oktober 2012. Zugriff am 19. April 2017 unter http://diepresse.com/home/innenpolitik/1306139/print.do.

Welt.de (o. V.). (2015). *Homosexuelle Ampelpärchen erobern Europas Großstädte*. 31. Dezember 2015. Zugriff am 19. April 2017 unter https://www.welt.de/vermischtes/article150493458/Homosexuelle-Ampelpaerchen-erobern-Europas-Grossstaedte.html.

Zu den Personen

Dorothée de Nève, Prof. Dr., Lehrstuhlinhaberin mit dem Schwerpunkt Politisches und Soziales System Deutschlands/Vergleich politischer Systeme am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen. Arbeitsschwerpunkte: Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung, Parteien in Zeiten der Neodemokratie, Zivilgesellschaft und Governance.
Kontakt: Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Karl-Glöckner-Straße 21E, 35394 Gießen
E-Mail: dorothee.de-neve@sowi.uni-giessen.de

Niklas Ferch, B. A., Mitarbeiter am Lehrstuhl mit dem Schwerpunkt Politisches und Soziales System Deutschlands/Vergleich politischer Systeme des Instituts für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen. Arbeitsschwerpunkte: vergleichende Sozial- und Bildungspolitik, Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung.
Kontakt: Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Karl-Glöckner-Straße 21E, 35394 Gießen
E-Mail: niklas.ferch@sowi.uni-giessen.de